

28. Oktober 2008

[Herausforderungen der
Ostpolitik.](#)
[28.10.2008, Warschau](#)www.kas.de/polen

EU-Russland-Beziehungen am Scheideweg

POSITIONSPAPIER VON DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION ANLÄSSLICH DER VERANSTALTUNG „HERAUSFORDERUNGEN DER OSTPOLITIK“ AM 28. OKTOBER 2008 IN WARSCHAU

Der russische Einmarsch nach Georgien und die Anerkennung von Südossetien und Abchasien bedeuten eine Zäsur in Europas Beziehungen zu Russland. Sie sind eine grobe Verletzung des Völkerrechts und der Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten. Ungeachtet der georgischen Mitverantwortung für die Eskalation des Konflikts widerspricht Russlands Vorgehen seinen Verpflichtungen zur Wahrung der territorialen Integrität seines Nachbarn. Zum ersten Mal versucht Russland, existierende Grenzen in Europa mit Gewalt zu verändern. Besonders beunruhigend ist, dass der Einsatz militärischer Mittel zu einem Instrument russischer Nachbarschaftspolitik geworden ist und dass der „Schutz russischer Staatsbürger“ im Ausland als Legitimation für den Einsatz von Gewalt dient. Mit dem Ausbau seiner Militärpräsenz in Südossetien und Abchasien und dem Abschluss sogenannter „Freundschaftsverträge“ mit beiden Republiken versucht Moskau Fakten zu schaffen.

Die Kaukasus-Krise stellt eine seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht mehr dagewesene Bedrohung für die Sicherheit in Europa dar. Vor allem widersprechen Russlands Aktionen dem von Präsident Medwedjew in Berlin geäußerten Ziel der Schaffung einer „neuen Sicherheitsarchitektur in Europa“.

Mit dieser Politik hat Russland erheblich an Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Vertrauen verloren und sich international iso-

liert. Deshalb kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Zudem haben Russlands Chancen auf mehr Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Innovation und gesellschaftliche Modernisierung einen schweren Rückschlag erlebt. Die Werte- und Wahrnehmungskluft zwischen Russland und Europa ist größer geworden. Dies ist für Russland, aber auch für Europa kontraproduktiv.

I. Europa braucht ein berechenbares Russland

Russland ist aufgrund seiner Lage und Größe, seines politischen und militärischen Gewichts, seines Energiereichtums und seines wirtschaftlichen Potentials für uns Europäer von strategischer Bedeutung. Das erweiterte Europa braucht Russland als berechenbaren Nachbarn.

Europa hat ein Interesse an einer möglichst engen und starken Beziehung zu einem verlässlichen, nicht bedrohlich, sondern konstruktiv agierenden Russland, das seine neu gewonnene Stärke im Einklang mit seinen internationalen Verpflichtungen und den mit ihm getroffenen Vereinbarungen einsetzt.

Wir haben ein Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen, rechtsstaatlich-demokratisch verfassten und handelnden Russland. Wir haben ein Interesse, dass die von Russland angestrebte Modernisierung nicht scheitert und wollen durch gezielte Zusammenarbeit zu diesem Wandel beitragen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
ANDREAS SCHOCKENHOFF

28. Oktober 2008

[Herausforderungen der Ostpolitik.](#)

[28.10.2008, Warschau](#)

www.kas.de/polen

Wir haben ein Interesse, dass Russland seinen Anspruch einer „positiven Agenda“ zur Förderung internationaler Sicherheit und zur Bewältigung globaler wie regionaler Herausforderungen erfüllt und seiner besonderen Verantwortung als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gerecht wird.

Wir haben ein Interesse an einer engen und zuverlässigen Energiezusammenarbeit mit Russland auf der Grundlage reziproker, transparenter und nicht-diskriminierender Bedingungen. Wir haben ein Interesse daran, dass sich das beachtliche Potential der Handels- und Investitionsbeziehungen im Sinne beiderseitiger Wohlstandszuwächse voll entfaltet, ohne dass es zu einseitigen, asymmetrischen Abhängigkeiten kommt. In diesem Sinne unterstützen wir einen WTO-Beitritt Russlands.

Wir haben ein Interesse an einer vertraglich strukturierten Zusammenarbeit in allen sogenannten „Vier Räumen“ der EU–Russland-Beziehungen. Dem „vierten Raum“ von Kultur und Bildung kommt dabei heute eine Schlüsselstellung zu. Wir haben ein Interesse, die Kooperation nicht sektoral zu begrenzen. Wir haben ein Interesse an offenen Grenzen und wirklicher Reziprozität im Einklang mit den Werten, auf die sich die EU und Russland verpflichtet haben.

II. Russland braucht Europa als Partner

Russland hat sich selbst immer wieder gegen „neue Trennlinien“ in Europa ausgesprochen. Es wird entscheidend von Russland abhängen, ob diese entstehen. Russland steht an einem Scheideweg. Es muss sich entscheiden, ob es Partner oder Widerpart Europas sein möchte.

Russland strebt nach einer „neuen Rolle“ als globaler Akteur. In der internationalen Politik tritt es mit neuem Selbstbewusstsein auf. Es will als gleichberechtigter Partner akzeptiert werden. Dazu muss es seine Stärke jedoch im Sinne weltpolitischer Verantwortung einbringen. Stärke im 21. Jahrhundert liegt nicht in Panzern und Kanonen, sondern im Potential, zu internationaler Konfliktlösung beizutragen, in globaler Wettbewerbsfähigkeit, politischer Gestal-

tungskraft und gesellschaftlicher Attraktivität.

Russland selbst braucht die Einhaltung des Völkerrechts und die Wahrung territorialer Integrität. Als multiethnisches Land und Flächenstaat mit instabilen Rändern, vor allem im Nordkaukasus, wäre es von weiteren separatistischen Tendenzen selbst am meisten bedroht.

Russland braucht für seine Modernisierung Know How und Investitionen der EU – insbesondere im Energiebereich, im Gesundheitswesen, beim Wohnungsbau und für eine moderne Infrastruktur. Die desaströsen Auswirkungen der globalen Finanzkrise, die in Russland schlimmer sind als sonst in der Welt, zeigen Russland seine internationale Abhängigkeit und Verwundbarkeit. Die Kapitalflucht, die mit dem Kaukasuskrieg eingesetzt hat, kann Russland sich nicht leisten. Wenn es heute den schlimmsten Finanz-Crash seit 1998 erlebt, dann auch wegen eigener struktureller Probleme und wegen des Vorgehens gegen Georgien. Sein Anspruch, auch wirtschaftlich zum „global player“ aufzusteigen und Moskau zum internationalen Finanzzentrum auszubauen, droht zu platzen. Auch nach dieser Krise wird Russland ihn ohne westliche Technologie und Investitionen nicht verwirklichen können.

Russland braucht Akzeptanz auf der Suche nach Kapital im Westen – und als starker Investor in der EU. Wie sollen russische Investoren in der EU als vertrauenswürdig wahrgenommen werden, wenn ihr Land so viel Vertrauen und Berechenbarkeit verspielt?

Für die von Moskau angestrebten weiteren Visaerleichterungen für russische Staatsbürger ist eine ausreichende Vertrauensgrundlage unverzichtbar.

Russlands Wandel zu einem modernen, global wettbewerbsfähigen Staat wird nur durch Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Offenheit im Innern sowie durch Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit gegenüber seinen Partnern gelingen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
ANDREAS SCHOCKENHOFF

28. Oktober 2008

[Herausforderungen der Ostpolitik.](#)

[28.10.2008, Warschau](#)

www.kas.de/polen

Nicht zuletzt: Moskau möchte sich bei den Olympischen Spielen in Sotschi, das in unmittelbarer Nachbarschaft zu Abchasien liegt, als ein modernes, „neues Russland“ präsentieren, das anerkannt und respektiert wird; es möchte die Welt zu Gast bei Freunden haben – auch dazu braucht es Vertrauen und Glaubwürdigkeit!

III. Geschlossenheit – in der EU und mit den USA

Europäische Russland-Politik ist umso erfolgreicher, je mehr sie auf Geschlossenheit und einer engen, solidarischen Partnerschaft aufbaut – innerhalb der EU wie auch mit den USA. Deutschland ist besonders gefordert, bei der Konsensfindung in der EU und mit den USA vermittelnd zu wirken. Die deutsch-russischen Beziehungen haben in diesem Sinn eine Schlüsselrolle, jedoch nie eine Sonderrolle zu spielen. Unsere bilaterale Zusammenarbeit muss in die europäische Russlandpolitik eingebettet sein.

Die EU hat im Zusammenhang mit dem Vorgehen Russlands gegen Georgien große Geschlossenheit gezeigt. Auch künftig ist es notwendig, unter den 27 Mitgliedsstaaten die Positionen zur Russland-Politik konsensfähig zu machen. Für den Fall, dass eine Verständigung mit Russland in Schlüsselfragen nicht möglich ist oder Russland Absprachen nicht einhält, müssen kohärente Handlungsoptionen entwickelt werden. Besondere Solidarität ist gefordert, wenn Russland gegen einzelne EU-Partner machtpolitische Instrumente – wie Öl- oder Gasversorgung oder „Cyberwar“ – einsetzt. Je geschlossener die EU auftritt, je solidarischer sie Versuchen Russlands begegnet, einzelne EU-Partner zu diskriminieren, desto größer werden die Chancen der Zusammenarbeit sein.

Mit der künftigen amerikanischen Regierung streben wir einen kontinuierlichen euro-atlantischen Russland-Dialog an. Dabei muss gelten: Wenn EU-Staaten in einer bestimmten Frage einen Dissens mit den USA (nicht aber mit Russland) haben sollten, muss dieser zuerst mit den USA ausgeräumt werden. Jedes andere Vorgehen würde nur wieder zu einer tiefen Spaltung von EU und

NATO führen. Wir müssen die künftige US-Administration dazu ermutigen, Russland-Politik nicht nur als ein Element der Nichtverbreitungs-, Nordkorea- oder Nahost-Politik anzusehen, sondern als eigenständige außenpolitische Herausforderung. Gleichzeitig sollte für beide Seiten klar sein, dass die EU angesichts ihrer direkten Nachbarschaft zu Russland ein noch unmittelbareres Interesse an den Entwicklungen in Russland hat als Washington.

IV: Grundlagen für eine starke Partnerschaft wieder herstellen

Die globalen Herausforderungen und die zahlreichen internationalen Krisen und Konflikte können nur bewältigt werden, wenn Russland und der Westen kooperieren. Russland braucht den Westen, und der Westen braucht Russland. Das gilt insbesondere für die Bekämpfung des international agierenden Terrorismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, des Klimawandels sowie für die Regelung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten oder in Afghanistan. Es gibt keine wünschenswerte Alternative zu starken Beziehungen zwischen beiden Seiten, die auf Zusammenarbeit, Vertrauen und Dialog sowie der Achtung des Völkerrechts und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der OSZE beruhen.

In seinem neuen außen- und sicherheitspolitischen Konzept bekennt sich Russlands Führung zu einer „offenen, verlässlichen und pragmatischen Außenpolitik“ mit dem Ziel einer „positiven Agenda“ für die internationalen Beziehungen bei „konsequenter Einhaltung der Regeln und Ziele der VN-Charta“ und der „Stärkung des Völkerrechts“. Wir begrüßen diese Prinzipien als Grundlage für unsere Zusammenarbeit. Dafür muss sich die russische Außenpolitik jedoch von altem Nullsummendenden verabschieden.

Mit dem russischen Vorgehen gegen Georgien wurde die Glaubwürdigkeit einer „positiven Agenda“ schwer infrage gestellt. Eine gewaltsame Veränderung der Situation, die sich in Europa seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gebildet hat, schafft keine „neue

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

ANDREAS SCHOCKENHOFF

28. Oktober 2008

Herausforderungen der

Ostpolitik.

28.10.2008, Warschau

www.kas.de/polen

Sicherheitsordnung in Europa“, sondern Instabilität und Unsicherheit.

Die von Nato, EU und G7 beschlossenen Reaktionen waren deshalb erforderlich. Wir erwarten von Russland eine Außenpolitik, die im Einklang mit seinen internationalen Verpflichtungen und Erklärungen steht und sich um Berechenbarkeit und neues Vertrauen bemüht.

Als ersten Schritt muss Russland seine Rückzugsverpflichtungen zügig und konsequent erfüllen und konkrete vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen.

Und wir müssen destruktives Verhalten Russlands in der internationalen Politik deutlich ansprechen – wie beispielsweise das Hintertreiben des deutschen 3-Stufen-Planes für eine friedliche Regelung der Konflikte um Südossetien und Abchasien, die Weigerung Moskaus, eine mit dem russischen Unterhändler in der sog. Troika gefundene Kosovo-Regelung mitzutragen oder das russische Vorgehen in der Arktis.

Um wieder starke Beziehungen zu schaffen, müssen die vorhandenen Foren der Zusammenarbeit so intensiv wie möglich genutzt werden.

Die EU hat ihre Bereitschaft zu einer raschen Weiterführung der Verhandlungen für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) klar signalisiert, sobald dafür die Voraussetzungen erfüllt sind. Ein umfassendes PKA eröffnet die Chance für eine neue Grundlage der EU-Russland-Beziehungen – im Interesse beider Seiten.

Wir haben ein Interesse an Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Nato und Russland in sicherheitspolitischen und militärischen Fragen, um – für die gemeinsame Sicherheit – einen Beitrag zur Bewältigung von Krisen und Konflikten und zur Stärkung der internationalen Sicherheit zu leisten. Wie Präsident Medwedjew selbst betont hat, zeige sich „die Übereinstimmung der grundlegenden Sicherheitsinteressen zwischen der NATO und Russland“ exemplarisch in Afghanistan.

Die NATO ist kein Instrument zur Einkreisung Russlands, sondern eine demokratische Organisation, um bestehende Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen. Das gilt auch für die NATO-Politik der offenen Tür. Sie hat bewirkt, dass wir die Sicherheitsherausforderungen, mit denen wir gemeinsam konfrontiert sind, wirksamer bewältigen können. Auch die Ukraine und Georgien haben – wie jeder souveräne Staat in Europa – das Recht, unter Achtung des Völkerrechts und gutnachbarschaftlicher Beziehungen ihre Bündnisse frei zu wählen und Mitglied der NATO zu werden, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Die Fortsetzung und Vertiefung der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung (KSE) leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für eine stabile Sicherheitsordnung in Europa. Wenn Russland die europäische Sicherheitsarchitektur wirklich stärken möchte, dann sollte es in den KSE-Prozess zurückkehren.

Auch bei der Frage der Raketenabwehr sind nicht Drohungen, sondern Dialog und Zusammenarbeit der bessere Weg! Es besteht eine potenzielle gemeinsame Bedrohung durch dritte Staaten. Deshalb sollten der strategische Dialog zwischen den USA und Russland und Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen (beispielsweise die Präsenz russischer Offiziere in den geplanten US-Raketenabwehreinrichtungen in Polen und Tschechien) fortgesetzt werden. Der amerikanische Vorschlag einer gleichberechtigten Partnerschaft bei der Raketenabwehr ist dafür ein geeigneter Anstoß. Russland weiß genau, dass das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem nicht die Abschreckungswirkung seiner Nuklearwaffen entwertet.

Wir erwarten, dass Russland gemäß dem Ansatz der EU 3+3 konsequenter als bisher auf den Iran einwirkt, um auf diplomatischem Wege eine Bedrohung durch iranische Nuklearwaffen und eine wachsende Proliferation im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
ANDREAS SCHOCKENHOFF

28. Oktober 2008

[Herausforderungen der Ostpolitik.](#)
[28.10.2008, Warschau](#)

www.kas.de/polen

V. Gemeinsame Nachbarschaft

Die Europäische Union und Russland müssen sich auf die Grundlagen einer Politik direkter Nachbarschaft verständigen. Wachsende Berührungen im post-sowjetischen Raum sind eine Realität. Die Gefahr von Bipolarität und Antagonismus in der Region gemeinsamer Nachbarschaft muss vermieden werden.

Erste Grundlage jeder „neuen Sicherheitsarchitektur in Europa“ muss Russlands Verzicht auf den Anspruch auf hegemoniale Konzepte „eingeschränkter Souveränität“ und revisionistische Tendenzen sein. Das „gleichberechtigte System kollektiver Sicherheit“, das Russland anstrebt, beginnt mit gleichberechtigten Beziehungen im europäischen Nachbarschaftsraum.

Russland braucht für seine Entwicklung stabile Nachbarn, mit denen es eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit entwickelt. Durch sein Vorgehen hat Russland die desintegrativen Kräfte im postsowjetischen Raum verstärkt. Um neues Vertrauen aufzubauen, wird es notwendig sein, Strategien und Kooperationsangebote zu entwickeln, die auf Gleichberechtigung basieren. Dazu gehören die Achtung der Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität sowie die Formulierung gemeinsamer regionaler und globaler Interessen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat gezeigt, dass auf Drohungen und Zwang beruhende Beziehungen instabil und langfristig nicht lebensfähig sind. Zu guter Nachbarschaft gehört auch eine offene Diskussion über das Erbe der Sowjetunion.

Die Interessen, die die EU in ihrer östlichen Nachbarschaft verfolgt, sind nicht gegen Russland gerichtet. Die Ziele der EU sind klar: Frieden, Sicherheit, Freiheit, Konfliktlösung, territoriale Integrität, Demokratie, wirtschaftliche Stärke und regionale Kooperation, insbesondere in der „Östlichen Partnerschaft“ und in der Schwarzmeerkooperation. Der europäische Ansatz von wirtschaftlicher Verflechtung und Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann wesentlich zu all diesen Zielen beitragen.

Die EU stützt sich dabei auf das Interesse ihrer Partner an einer möglichst engen Zusammenarbeit und Einbindung in die europäischen Strukturen. Vor allem muss die EU die Zusammenarbeit mit den Ländern des Schwarzmeerraumes deutlich ausbauen und - über die Wiederaufbauhilfe für Georgien hinaus - ihre Unterstützung für deren demokratische und wirtschaftliche Entwicklung erheblich verstärken. Letzteres gilt besonders für die Staaten mit ungelösten „eingefrorenen“ Konflikten – Moldowa, Armenien, Aserbaidschan, vor allem aber für die Ukraine, die wir enger an die Europäische Union heranführen wollen. Eine moderne, demokratisch und rechtsstaatlich gefestigte und wirtschaftlich prosperierende Region wird langfristig als attraktives Zukunftsmodell Ausstrahlung auf seine Nachbarschaft haben. Bei der Lösung der sog. „eingefrorenen Konflikte“ muss die EU ihre Rolle als engagierter Akteur ausbauen. Dabei sollten insbesondere zwischen der ESVP und Russland neue gemeinsame Mechanismen für multilaterales „peace keeping“ und vertrauensbildende Maßnahmen im Südkaukasus-Raum entwickelt werden. Das gemeinsame Bemühen um international abgesicherte Lösungen für die Konflikte in den regionalen Nachbarstaaten wird ein wichtiger Testfall für eine abgestimmte Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Russland.

VI. Energieabhängigkeit begrenzen

In der Energiezusammenarbeit muss die Europäische Union weiterhin darauf drängen, dass Russland die wesentlichen Prinzipien der Energiecharta anwendet. Dann wird die Bereitschaft wachsen, Russland bei der dringend notwendigen Modernisierung seines Energiesektors mit Investitionen und mit europäischem Know-how stärker zu unterstützen –um den enormen Rückstand bei der Energieeffizienz zu überwinden, für die Förderung in geologisch schwierigen Gebieten oder für alternative Technologien. Vor allem muss strikte Reziprozität sicher gestellt werden: Wenn russische Energiefirmen in die Netze der EU möchten, dann müssen auch westliche Energiekonzerne an Förderprojekten oder im Verteilungsbereich in Russland ohne Diskriminierung, rechts-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
ANDREAS SCHOCKENHOFF

28. Oktober 2008

[Herausforderungen der Ostpolitik.](#)

[28.10.2008, Warschau](#)

www.kas.de/polen

staatlich gesichert und mit der Möglichkeit eines Mehrheitsanteils mitwirken können.

Es müssen schnellstens größte Anstrengungen unternommen werden, um unsere Abhängigkeit von russischer Energie durch von Russland unabhängige Versorgungsmöglichkeiten und alternative Energieträger zu begrenzen. Auch deshalb ist die Energiepolitik eine zentrale Frage der europäischen Nachbarschafts- und Zentralasien-Politik.

Die Europäische Union muss jetzt endlich die vor mehr als einem Jahr beschlossene gemeinsame Energieaußenpolitik mit inhaltlicher Substanz und konkreten Verfahrensregeln in die Praxis umsetzen. Wir können uns – insbesondere im Verhältnis zu Russland – einen Mangel an Transparenz und unkoordiniertes Verhalten Einzelner nicht länger leisten. Eine einheitliche EU-Energieaußenpolitik mit gemeinsamer Verhandlungsmacht erhöht die Versorgungssicherheit und entfaltet viel größere Wirkung als bilaterale Vereinbarungen.

Dabei muss die EU viel stärker ihre führende Rolle bei Konzepten und Technologien der Energieeinsparung, Energieeffizienz und bei erneuerbaren Energien sowie bei der Fusionstechnologie und nuklearen Sicherheitsforschung nutzen. Wir brauchen eine europäische Energiesicherheitsunion, die bei Versorgungsproblemen eines Mitglieds solidarisch füreinander einsteht. Dazu ist es erforderlich, dass die Mitgliedsstaaten vernetzt sind und gleiche Standards für die Bevorratung gelten.

VII. Russlands Modernisierung - ein gemeinsames Anliegen

Der Schlüssel zu Russlands Zukunft liegt in seiner inneren Entwicklung. Die Rückschläge bei Demokratie und Menschenrechten sowie mangelnde Rechtsstaatlichkeit und wachsende Korruption bedrohen Russlands eigene Zukunft. Die Südkaukasuskrise hat das Reformpotential Russlands weiter geschwächt. Um ein wirklich starker Akteur in den internationalen Beziehungen zu sein, muss sich Russland modernisieren. Es geht nicht nur um eine wirtschaftlich-technische, sondern um die gesellschaftliche Moderni-

sierung des Landes. Für jedes seiner immensen inneren Probleme – Demographie, wachsendes Wohlstandsgefälle, Gesundheit, aber auch wachsende Gewalt und Xenophobie – braucht Russland innere Kohärenz und die aktive Partizipation seiner Gesellschaft. Apathie und Zynismus haben die Sowjetunion zu Fall gebracht. Russland kann sich anhaltenden Kapitalabfluss, Emigration und eine weitere Vernachlässigung seines „Humankapitals“ nicht leisten. Wichtige Teile seiner Eliten haben das verstanden.

Russland muss akzeptieren, dass Demokratie – mit Gewaltenteilung und freien Medien – keine Bedrohung aus dem Westen, sondern für Innovation und soziale Stabilität notwendig ist. Eine kritische Öffentlichkeit und unabhängige Medien werden der Modernisierung Russlands nicht schaden, sondern sie fördern. Nur so wird Russland sein Ziel erreichen, eine breite Mittelschicht aufzubauen. Rechtsstaatlichkeit wird nicht nur mehr westliche Investitionen anlocken, sondern vor allem mehr innere Stabilität schaffen.

Dazu gehört eine aktive moderne Zivilgesellschaft, die nicht vom Staat gelenkt wird, sondern sich von unten entfalten kann. Die rund 300.000 neu entstandenen Nichtregierungsorganisationen sind ein wichtiges Kapital für die Modernisierung Russlands. Dort wirken schon heute die eigentlichen „neuen Russen“, die ihr Leben aktiv mitgestalten wollen und für den Staat kompetente Akteure in sozialen Problemfeldern sein können.

Die EU und Deutschland können Russland am besten durch verstärkte zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit unterstützen. Die wachsende Wahrnehmungskluft zwischen Russland und dem „Westen“ macht den gezielten Austausch breiter Bevölkerungsgruppen zu einer herausragenden Aufgabe. Die Menschen, die sich in Russland weiter für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit einsetzen, müssen gezielt unterstützt werden. Dabei sollte statt einer überkommenen Helferhaltung künftig eine strukturelle Zusammenarbeit auf der Grundlage beiderseitiger Interessen und auf Augenhöhe im Mittelpunkt stehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

AUSLANDSBÜRO POLEN
ANDREAS SCHOCKENHOFF

28. Oktober 2008

[Herausforderungen der Ostpolitik.](#)

[28.10.2008, Warschau](#)

www.kas.de/polen

Wir sollten überall dort mit Russland zusammen arbeiten, wo wir – über gute Geschäfte hinaus – den Wandel zu einem modernen demokratischen Rechtsstaat fördern können. Präsident Medwedjew hat Demographie, Gesundheit, Ökologie zu wichtigen Themen der Zusammenarbeit mit dem Westen erklärt. Dies eröffnet neue Kooperationsfelder. Sie müssen so genutzt werden, dass sie den Menschen in Russland direkt zugute kommen und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördern.

Dafür sollten wir auch den Dialog über das Werteverständnis breit und offensiv angehen. Er sollte – weit über die herrschenden Eliten hinaus - auf alle gesellschaftlichen Kräfte Russlands ausgeweitet werden und die Auseinandersetzung mit national-extremistischen Strömungen nicht aussparen. Dabei muss auch über die unterschiedlichen Sichtweisen auf die gemeinsame Vergangenheit (2. Weltkrieg, Hitler-Stalin Pakt, Untergang der Sowjetunion) gesprochen werden, in der viele der heutigen Differenzen ihre Wurzeln haben. Russland und die Europäische Union haben sich gemeinsam auf die universellen Werte des Europarates verpflichtet. Doch die Beachtung der Werte ist unterschiedlich. In Wertefragen kann es keine Kompromisse geben. Das gilt mit Blick auf die innere Entwicklung wie für das internationale Verhalten Russlands. Deshalb müssen wir auch weiterhin die Einhaltung der Werte einfordern und deutlich politische Morde, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, wachsende Korruption, Eingriffe gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit und vor allem die Missachtung der Pressefreiheit ansprechen.

Russland sei „aus der Kälte zurückgekehrt“, sagte Präsident Medwedjew in Berlin. Der Wandel begann erst vor rund 20 Jahren mit „Glasnost“ und „Perestroika“. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion war für Russland keine Tragödie, sondern die historische Chance für einen Neubeginn auf dem Weg zu einem demokratischen und modernen Staat. Russland sollte diese Chance nicht verspielen. Wir sind bereit, dafür mit Russland zusammen zu arbeiten. Russlands Modernisierung ist für uns ein gemeinsames Anliegen.